

The "GERMANIA" has a large circulation in Manitoba and the Northwest Territories and is the best medium for advertising.

Germania

Die Germania ist eine der verbreitetsten Zeitungen in Manitoba und den Nordwest-Territorien und liefert Anzeigen den größten Erfolg.

Generalanzeiger für das Deutsche Volk in Canada.

Die Katholiken und die politischen Parteien.

Als in Saskatchewan vor kurzer Zeit Provinzialwahlen stattfanden, da erlebte man das eigentümliche Schauspiel, daß die katholischen Wähler von allen Seiten ermahnt wurden, liberal zu stimmen.

Wir halten eine solche Politik nicht für richtig und auch nicht im Interesse der Katholiken gelegen. Was haben denn die Liberalen für die Katholiken getan?

Man darf die Provinzialwahlen und die Konfessionsparteien nicht vermengen. Erstere Partei ist ausschließlich für Saskatchewan begründet worden und legt sich aus den Grenzen nicht über den liberalen und konservativen Lager zusammen.

Wir wollen nicht gehen zu behaupten, daß ein Katholik unter allen Umständen konservativ stimmen muß; denn im Grunde genommen ist es doch nur selten, daß Katholiken, die die Katholiken aufsuchen, über andere Fragen können oder Katholiken ebensowenig verschiedener Meinung sein, wie Andersgläubige und daher nach ihrer wirtschaftlichen Überzeugung, entweder liberal oder konservativ stimmen.

Die Konservativen haben den Katholiken stets eine gerechte Behandlung zuteil werden lassen; wenn es sich um eine Förderung des Rechtes handelte, haben sie lieber politische Nachteile erlitten, als daß sie eine Nichtbefolgung der Verfassung zugelassen hätten.

Die Konfessionsparteien haben den Katholiken stets eine gerechte Behandlung zuteil werden lassen; wenn es sich um eine Förderung des Rechtes handelte, haben sie lieber politische Nachteile erlitten, als daß sie eine Nichtbefolgung der Verfassung zugelassen hätten.

Wir müssen aber nochmals hervorheben, es ist kein Grund vorhanden, warum ein Katholik gebunden ist, liberal zu stimmen. In solchen Verhältnissen gegenüber den Liberalen haben es die Liberalen nicht fehlen lassen, ob sie dieselben halten werden, ist jedoch angeht die Kränkungen Premier Crofts, des Abg. Cole und anderer liberaler Kandidaten, was vor dem Schluss der letzten Wahl sehr wohl zweifelhaft.

Letzte Nachrichten.

St. Petersburg, 7. März. — Den Kofaken des Don, Ural, Kuban und Terek sind \$2,600,000 ausbezahlt worden, anscheinend, um ihnen bei der Verbesserung ihrer Ländereien zu helfen, in Wahrheit aber als außerordentliche Belohnung für die Dienste, welche sie im Kriege und bei der Unterdrückung der Aufstände im Innern Russlands geleistet haben.

St. Petersburg, 7. März. — Ein kaiserlicher Ukas legte die Wahlen für die Duma in den 28 Provinzen von Central-Russland auf den 8. April, in den 27 Provinzen Central-Russlands und den Donprovinzen auf den 27. April und im übrigen Russland auf den 3. Mai an.

Die Polizei hat in der Wohnung eines Apothekers eine vollständige Bombenfabrik entdeckt; 120 geladene Bomben sind beschlagnahmt worden. Die Wohnung ist der Zusammenkunftsort von Studenten und Revolutionären gewesen; man hat dort auch eine Bombe gefunden, die in der Tasche auf der Straße verhaftet worden.

Rom, 7. März. — Der Papst Pius empfing Frau Harriet Pullman von Chicago und ihre Schwester und Schwägerin in Privataudienz und begrüßte dieselben mit großer Herzlichkeit.

J. Pierpont Morgan ist ebenfalls in Rom eingetroffen.

Budapest. — Die Erweiterung der Regierung auf das zum unermüdlichen Widerstand gegen die Krone auffordernde Manuskript und den in gleichem Sinne gehaltenen offenen Brief des Grafen Andrássy ist sichtlich nicht ohne Eindruck geblieben. Ueberall bildet die Proklamierung der Regierung nach das Tagesgespräch, und man verheißt sich in weiten Kreisen nicht, daß die beiden Kandidaten der Opposition eine unerwartet wirkliche Abfertigung gefunden haben.

Im Solde der russischen Regierung?

In einer Versammlung der Vater Gapon-Organisation in St. Petersburg, welche damit beschäftigt war, die Ständegeheimnisse zu untersuchen, welche erzählt, daß gewisse Mitglieder in dem Solde der Regierung stehen, erschloß sich einer der Angeklagten angeht die ganze Versammlung.

Der Mann, der in der Versammlung der Gapon-Organisation Selbstmord beging, hieß Schöff. Es stellte sich jetzt heraus, daß Vater Gapon in der Versammlung, in welcher sich Schöff tötete, selber gegenwärtig war. Vater Gapon, der Vater Gapon 2,300 erhalten und ein Mitglied der geheimen Polizei auf der Suche nach Maluchenski, dem Verhafteten, der die Organisation leitete, begleitet von dem Bruder der Organisation, Schöff hielt eine lebensgefährliche Rede, in der er sagte, er könne diese Anklage nicht auf sich lassen; er habe der Regierung nicht gehorcht; er wolle als auch die Organisation habe sich nicht zu Schulden kommen lassen. Dann forderte Schöff den Vater Gapon auf, in Gegenwart der Mitglieder zu erklären, ob er (Schöff) von der Regierung einen Heller erhalten oder angenommen habe. Gapon erhob sich und sprach Schöff von diesem Verdacht frei, der darauf ausstieg.

Nun will ich einen Beweis meiner Unschuld geben, und einen Revolver ziehend, sich erschöpfen.

Vom Manitoba-Parlament.

Reden der Abg. Winkler und Chevrier. — Die Telephonfrage. — Die Schulländereien.

Wir hatten in unserer vorigen Ausgabe bei Besprechung der Budgetdebatte nicht mehr Raum genug gehabt, um auf die Reden der Abgeordneten Winkler und Chevrier einzugehen. Um allgemeinen schloßen sich die Reden dieser beiden Abgeordneten der Opposition den Ausführungen ihres Führers an. Während jedoch der Abgeordnete Winkler als besonnener Deutscher in ruhiger angemessener Weise vortrug, was er zu sagen, erging sich der Abg. Chevrier in persönlichen Angriffen auf den Premier und die Regierung, sodas er mehrfach zur Ordnung gerufen werden mußte. Sein lebhaftes französisches Temperament verführte ihn, in seinen Reden derartig zu übertrieben, daß sie die Ueberzeugungskraft verlieren. Des Näheren suchten sowohl der Abg. Winkler als der Abg. Chevrier zu beweisen, daß der Uebertrag der Provinz nicht so groß sei, wie ihn der Finanzminister angegeben, da ein Teil derselben nicht frei zur Verfügung stünde, sondern für bestimmte, gesetzlich festgelegte Zwecke, nämlich die Abzahlung von Obligationen der Provinz zu verwenden sei. Dies ist eine rein finanzielle Frage. Der große Haufe der Wähler ist sehr gleichgültig, unter welcher Rubrik dieser Posten gebildet wird; die Wähler und Steuerzahler interessieren es nur zu wissen, daß dieser Betrag zur Verfügung steht und bei den Banken sicher aufgehoben liegt. Eine weitere Klage der Oppositionsredner war, daß die Regierung Land zu billig verkaufe und daß eine große Reihe von Freunden der Regierung Land gekauft und mit großem Nutzen wieder verkauft hätten. Es ist natürlich stets leicht, derartige Behauptungen aufzustellen. Wenn jemand ein Haus zu einem bestimmten Preise kauft, so wird er nicht glauben, daß er zu wenig bezahlt hat, weil er es nach einiger Zeit mit Nutzen weiterverkauft. Auch Privatbesitz hat vielfach die Hände gewechselt und dabei bei jedem neuen Verkauf bedeutend höhere Preise erzielt; haben die ersten Käufer deswegen zu wenig bezahlt? Dies ist eine noch offene Frage.

Während die beiden Abgeordneten es für sehr richtig hielten, daß die liberale Regierung zu Ottawa bedeutend mehr ausgiebt, als die vorhergehende konservativ, machen sie es der Roblin Regierung zum Vorwurf, daß sie mehr Ausgaben habe, als wie die liberale Greenway Regierung. Daß in einer Zeit eines außerordentlichen Aufstimmungs, wie ihn Welt Canada in den letzten 5 Jahren gesehen, eine große Reihe neuer Aufgaben an die Regierung herantritt, ist doch klar. Trotz größerer Ausgaben hat die Roblin Regierung jedoch stets Ueberflüsse erzielt, die Greenway Regierung hatte dagegen stets mehr Ausgaben als Einnahmen. Wer ist nun der bessere Hausvater, derjenige, der sein Haus in Schulden stürzt, oder derjenige, der weniger ausgiebt, als er einnimmt und jedes Jahr etwas zurücklegt? Wollte die Opposition die größeren Ausgaben der Roblin Regierung angründen, so müßte sie nachweisen, daß die Roblin nicht in richtiger Weise veranlagt wurden, daß die Bevölkerung keinen Gewinnwert für die Ausgaben erhielt.

Herr Winkler, der sowohl an den Ausgaben der Regierung ausgiebig fand, als auch an dem Wählerkreis Rhinlands, welcher die Deutschen Rhinlands gutwillig geworden. Herrn Winkler ihre Stimme zu geben. Was hat er aber für dieselben getan? Da er je irgend etwas für diesen Distrikt durchgeleitet? Wenn die Deutschen Rhinlands auch einmal anfangen wollten, ihren Abgeordneten zu kritisieren, wie er die Regierung kritisieren, so könnten sie eine noch viel längere Rede halten als wie es der Herr Abgeordnete Winkler bei der Budgetdebatte getan. Wenn der Herr Abgeordnete doch auch nur einmal zeigen wollte, daß er für seine Wähler etwas tut, so würden dieselben sagen, ja der Mann tut etwas, der hat ein Recht zur Kritik; so aber sollte er lieber vor der eigenen Thüre stehen, für seine Wähler wäre dies jedenfalls von Nutzen.

Die Telephonvorlage. In einem besonderen Artikel hatten wir bereits in der Vorwoche erwähnt, daß Hon. Colin Campbell die Vorlage der Regierung begründete, welche die Verstaatlichung oder Provinzialisierung der langen Telephonlinien vorzieht. Der Minister hielt am Freitag eine ausführliche Rede, in welcher er erschwand die Arbeiten der Telephonkommission besprach. Er legte dar, wie die Bell-Telephon-Company ein unreguliertes Monopol habe, zu hohe Gebühren berechne und einen schlechten Dienst gebe; da es Prinzip der Gesellschaft sei, daß eine Vermehrung der Telephonanschlüsse den Profit der Gesellschaft vermindere, bestreite sich dieselbe die Zahl derselben möglichst zu beschränken. In überzeugender Weise wies der Minister zahlreich nach, wie auch in den Ver. Staaten die Bell-Telephon-Company bis vor wenigen Jahren ein Monopol ausgeübt und dies durch das Auftreten der Independent-Telephon-Company gebrochen wurde. Die Übernahme der Telephonlinie war eine ganz gewaltige.

Besonderes Gewicht legte der Minister darauf zu zeigen, wie ein billiges und weitverbreitetes Telephonnetz besonders dem Farmer zu Gute kommt. Die Absicht der Regierung geht dahin, die Bell-Telephon-Company auszulassen. Provinzialbesitz der Dominionbesitz vorzuziehen, denn die Bevölkerung habe es bei Beschlüssen leichter, sich an die in der Nähe befindliche Regierung in Winnipeg zu wenden, als an die ferne Regierung zu Ottawa. In der Bevölkerung breche sich das Gefühl immer mehr Bahn, daß alle öffentlichen Dienste im Besitz der Regierung, das heißt des Volkes und nicht von Privatgesellschaften sein sollten. Das Prinzip der Verstaatlichung der öffentlichen Dienste habe die Roblin Regierung auf ihre Fahne geschrieben und strebe dahin, dieses Ideal immer mehr zu verwirklichen. Ein erster Schritt in dieser Richtung sei das große Eisenbahngesetz gewesen, die Telephonvorlage sei der zweite. Ich bin stolz, sagte der Minister, daß die Konservativen Manitobas als Pioniere für diese Idee eintreten. Er verhehle sich die Schwierigkeiten des Unternehmens nicht und glaube deshalb, daß mit großer Mühe zu Werke gegangen werden müsse. Als ein nötiges Gegenmittel zur Verstaatlichungsidee hielt der Minister das Prinzip für wichtig, daß der volle Wert bei Erwerbung resp. Entgeltung privater Gesellschaften gezahlt werden müsse. Falls die Bell-Telephon-Company mit einem angemessenen Preise zu werden, würde ihr Besitz angekauft werden, machte er aber Uebertriebene Forderungen, so sei ein Entgeltungsverfahren nötig. Hierzu bedürfte die Provinz jedoch der Mitwirkung des Dominion-Parlaments, da es zweifelhaft sei,

ob der Betrieb der Bell Co. ein solches Verfahren zulasse. Er erlaube daher das Haus, eine Eingabe an das Dominion-Parlament zu richten, in welcher um Abänderung des Freibriefs der Bell Co. gebeten wird. Er hoffe auf Unterstützung der Dominion-Regierung. Der Minister fand großen Beifall bei beiden Seiten des Hauses.

Die Regierung fand zwar bei den Mitgliedern der Opposition Zustimmung zu dem Prinzip der Vorlage. Der Abg. Chevrier konnte es jedoch nicht über's Herz bringen, einer konservativen Regierung völlig beizustimmen und hielt es deshalb für nötig, trotzdem er angeblich dem Prinzip zustimmte, vor den großen Reden der Wähler zu warnen.

Im Lande denkt man jedoch anders, die Municipalitäten Quebec, Ontario und Alberta haben bereits offen ihre Freundschaft für Manitobas Pionierarbeit angedeutet und wollen ihre Regierung ersuchen, eine ähnliche Maßregel in ihren Provinzen einzuführen. Dies muß Manitobas Regierung ein Gefühl besonderer Genugung sein.

Die Schulländereien. Hon. Roblin besprach in längerer Rede die Längereitigkeit der Dominion-Regierung, welche noch immer die Ueberweisung der Schulländereien an die Provinz verweigere. Der Premier, der wie gewöhnlich eine in Form und Inhalt vorzügliche Rede hielt, gab einen historischen Ueberblick der Frage. Er zitierte Versicherungen Premier Lauriers vom Jahre 1898, von Minister Fielding und anderer namhafter liberaler Politiker, welche sich für eine Ueberweisung der Ländereien an die Provinz ausgesprochen. Er brachte hierauf eine Resolution ein, welche die Dominion-Regierung um Ueberweisung der Schulländereien ersucht. Wie bei allen großen Maßregeln der Regierung führte sich der Führer der Liberalen gegenwärtig, die Resolution zu unterstützen.

Neue Eisenbahnen. Die Regierung brachte eine Vorlage ein, durch welche der Bau mehrerer kleiner neuer Bahnhöfen der Canadian Northern Bahn dadurch unterstügt werden soll, daß auf je 1 Meile Strecke eine Zinsgarantie auf Bonds im Wert von \$10,000 gegeben werden soll. Im ganzen handelt es sich um 110 Meilen. Eine Strecke führt nach Deloraine, wo vor kurzem wichtige Kohlenlager entdeckt sind, die anderen Strecken sind meist nur 10 Meilen lang und bilden eine Verlängerung älterer Linien.

Beratung des Staatshaushalts. Bei der Beratung der Einzelpositionen des Budgets beantragte der Führer der Opposition, den Posten, der für Einwanderung ausgelegt sei, zu erhöhen. Der Premier erwiderte, daß Manitoba in dieser Beziehung wenig tun könne, da nur wenig gutes Heimstättenland noch zu vergeben sei.

Auf den Vorschlag des liberalen Abg. Lagimodiere, die Zinspflichtigen als Heimstätten zu vergeben, meinte Premier Roblin: „Nein, wir wünschen Farmer, aber nicht Fischer und Abinocerosse. Wenn die Regierung Farmer dort ansiedeln wollte, so müßte sie dieselben mit Booten und Karren ausrüsten.“ Zur Zeit wird mit der Beratung der Einzelpositionen fortgefahren, es wird wohl noch mehrere Tage dauern, bis dieselbe, die nur selten allgemein interessante Punkte berührt, beendet ist.

Wohin geht West-Canadas Getreide?

Frank E. Gibb, der Dominion-Weizen-Inspektor, hat eine interessante Tabelle veröffentlicht, welche angibt, wieviel Weizen in den letzten Jahren nach verschiedenen Ländern verschifft wurde.

Table with columns: Destination, Quantity (Apr. 1905, Sept. 1905, Dec. 1905), and Remarks. Destinations include Great Britain, France, Germany, etc.

Diese Zahlen zeigen, daß mehr wie 463,60 auf amerikanischen Schiffen befördert wurden.

Deutschland und Frankreich. Versammlung der Getreidebauern Vereinigung.

In den Zeitungen liest man zur Zeit wieder viel von einem Krieg, der angeblich zwischen Frankreich und Deutschland bevorstehen soll. Als Grund wird angegeben, daß die Marokkofrage nicht in der Lage sei, ein Einverständnis über die Frage des Polizeistroms in Marokko herbeizuführen. Ob auf der Konferenz eine Verständigung zustande kommen wird oder nicht, ist aber vorläufig noch gar nicht entschieden; vorläufig bemühen sich noch beide Parteien, für ihre Auffassung den Sieg zu erringen. Nebenbei über Abbruch der Verhandlungen, die ernste Lage u. s. w. sind nicht immer von der Presse erhaltene Sägen, sondern oft von den Diplomaten angewandte Kunstgriffe, um einen Druck zur Erreichung einer Verständigung auszuüben. Die Sachlage in Marokko ist folgendermaßen: Frankreich beansprucht die Polizeitruppe Marokkos von französischen Offizieren leiten zu lassen; des anderen Scheins wegen sollen auch einige wenige aus Spanien zugezogen werden. Diese Truppe, aus 2000 Mann bestehend, würde 4 der wichtigsten Hafenplätze militärisch kontrollieren und damit Frankreich die Herrschaft in Marokko sichern. Deutschland dagegen, das nur für die offene Tür und Gleichberechtigung aller Mächte in Marokko eintritt, wünscht, daß die Zusammenlegung des Offizierskorps eine internationale sei, um dadurch die Gleichberechtigung aller Nationen zu sichern. Deutschland ist hiermit der Vorläufer der Handelsinteressen aller Nationen und erweist sich dementsprechend auch der Unterstützung Oesterreichs, Russlands und der Ver. Staaten, während England, das stets gern Frankreich gegen Deutschland aufhetzt, eristeres ermuntert, keine Zugeständnisse zu machen.

Es ist jedoch in keiner Weise ausgeschlossen, im Gegenteil sogar recht wahrscheinlich, daß von den Ver. Staaten oder von Rußland ein Kompromißvorschlag in letzter Stunde gemacht wird, welcher beiden Seiten Rechnung trägt. Aber selbst wenn die Konferenz ergebnislos verlaufen sollte, so wäre hierdurch keineswegs eine Lage geschaffen, welche zum Kriege nötige. Es würde dann eben einfach der status quo, das heißt der bisherige Zustand bestehen bleiben. Deutschland war mit demselben völlig zufrieden und widerlegte sich nur einer Ueberzeugung, dieselben zugunsten Frankreichs. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß Frankreich um Marokkos willen einen Krieg provoziert. Die drei Schichten des Volkes in beiden Ländern sind gegen einen Krieg und ohne eine enthusiastische Mitwirkung des Volkes kann man keinen Krieg führen. Eine solchen eingetretene Uebelstände, Frankreich und Spanien sollten gemeinsam die Polizeikontrolle in Marokko ausüben. Dieser Vorschlag ist bereits von Deutschland angenommen worden und Frankreich kann ihm kaum ablehnen, da es sonst Spanien vor den Kopf stoßen würde.

Die Exekutive soll Schritte ergreifen, daß die Sachlage für Weizen zwischen nachgelegenen Punkten, welche im Vergleich mit denen vom Weizen nach den großen Zonen ungenügend sind, auf ein angemessenes Maß zurückgeführt werden. Eine dritte Resolution spricht sich für eine Staatsbahn nach der Hudsonbay aus. Die Zeit, in welcher kein Lagergeld in den Endelektronen zu Fort William und Port Arthur erhoben wird, soll auf 20 Tage verlängert werden, 15 Tage für Verkäufer und 5 Tage für Käufer. Die freie Lagerung soll von dem Tag an datieren, an welchem die britische Bevollmächtigte des Verkäufers, das heißt der Verkäufer, zur Post gebracht ist. Ein wichtiger Beschluß war ferner, daß die Dominion-Regierung einen Höchstpreis auf die Waggonsladung Kohlen an der Grube festsetzen solle und falls die Grubenbesitzer sich weigern, Kohlen in Einzelwaggonsladungen zu diesem Höchstpreis, oder einem niedrigeren Preise zu verkaufen, dann soll die Regierung die ihr gehörigen Kohlenländer anbauen und Kohle zum Selbstkostenpreis an das Publikum abgeben.

Die Hagelversicherungs-Gesellschaften, welche in Manitoba tätig sind, sollen in Bezug auf ihre Geschäftweise einer Untersuchung von der Provinzialregierung unterzogen werden; sollte diese unternehmende Verhältnisweise aufweisen, so soll die Regierung eine staatliche Versicherung einrichten.

Ueber die Grabierung von Weizen wurde zwar viel diskutiert, doch kam man zu keinem Beschluß, es wurde vielmehr beschlossen, daß ein Komitee zusammen mit Vertretern der Eastlandern Vereinigung hierüber nochmals berät. Berlin, 7. März. — Kaiser Wilhelm und König Edward werden wahrscheinlich im September mit einander zusammentreffen; der Deutsche Kaiser hat den englischen König zur Teilnahme an den Kaisermanövern in Schloß Appenzel, da es sonst Spanien vor den Kopf stoßen würde.